

Rote Listen und Selbstmusealisierung als kulturpolitische Vergreisungstendenzen



Prof. Dr. Armin Klein war Professor für Kulturwissenschaft und Kulturmanagement am Institut für Kulturmanagement der PH Ludwigsburg.

Ja, es gab sie einmal, eine Zeit, in der Kulturpolitik zu neuen Ufern aufbrechen wollte. Und sie ist noch gar nicht so lange her, als dass sich heute Lebende nicht mehr an sie erinnern könnten. Als zum Beispiel noch gefragt wurde: »Erscheint es nicht anachronistisch in unserer Gesellschaft, wenn zwar nicht ausschließlich, aber doch subventionell schwergewichtig die aus dem vorigen Jahrhundert erwachsenen bürgerlich-aristokratischen Kulturstätten und -darbietungsformen gefördert werden?« Und weiter konstatiert wird: »Die traditionelle städtische Kulturpolitik ist mehr und mehr fragwürdig geworden: neben fiskalischen Zwängen, die sich vor allem für die personalintensiven Kulturinstitute Oper, Theater, Orchester immer stärker abzeichnen und zu Konsequenzen führen müssen, mehrten sich gegenwärtig die Stimmen, die ernsthaft nach ihrer inhaltlichen Berechtigung fragen.«¹ Gefordert wurde daher 1974 in jenen »Plädoyers für eine neue Kulturpolitik«, die den Startpunkt der seither so viel beschworenen »Neuen Kulturpolitik« markieren, das »Ende der tradierten Kulturpolitik« und der »Versuch neuer Wege« (wie es in einer Kapitelüberschrift des Buches heißt).

Liest man obiges Zitat heute noch einmal, so wird man feststellen, dass die gegenwärtigen Probleme, mehr als vierzig Jahre später, nahezu dieselben sind. Nach wie vor verschlingen die traditionellen Kulturinstitute den Löwenanteil öffentlicher Subventionen, binden sie weitestgehend die Kultur-

haushalte. Doch wenn nicht alles täuscht, sind die Antworten, die heutzutage gegeben werden, völlig andere als damals. Längst geht es kulturpolitisch nicht mehr um Veränderungen, um Modernisierung, um Anpassung an aktuelle Bedürfnisse und Herausforderungen: Nein, längst steht im Vordergrund die strikte und rückhaltlose Bewahrung des einst zur Diskussion Stehenden.

In den letzten Heften der Kulturpolitischen Mitteilungen entwickelte sich eine Kontroverse zwischen Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, und Tobias J. Knoblich, Kulturdirektor der Stadt Erfurt, über Sinn und Unsinn der so genannten Roten Liste gefährdeter Kultureinrichtungen. Mittlerweile hat man es hier auf stolze 27 Exemplare gebracht – meist von Kultureinrichtungen, von denen auch der kulturell Interessierte außerhalb des lokalen Wirkungskreises noch nie gehört hat!

Was an der jüngsten Replik von Zimmermann auf Knoblich so besonders stört, ist nicht nur der herablassend-arrogante Ton, den man vom Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates mittlerweile (leider) gewohnt ist (und bei dem man sich fragt, worauf um alles in der Welt er sich gründet, denn Zimmermann hatte nie ein kulturpolitisches Wahlmandat auf Landes- oder kommunaler Ebene noch eine entsprechende kommunale administrative Position). Nein, was so schier unerträglich ist, ist die Form, wie hier in die Autonomie kommunaler Kulturpolitik bzw. ihrer Handlungsträger eingegriffen wird. Als residiere der kulturpolitische Weltgeist in Berlin in der Mohrenstrasse 63 und als handele

¹ Olaf Schwencke, Klaus Revermann, Alfons Spielhoff (Hrsg.): Plädoyers für eine neue Kulturpolitik, München 1974, S. 7.

es sich bei den vor Ort tätigen Kulturpolitiker um verantwortungslose und beschränkte Dorfdeppen, die ihre Entscheidungen nicht wohlüberlegt vor entsprechenden kommunalen Zwängen und Herausforderungen treffen und denen ein kulturpolitisch überhaupt nicht legitimer Guru den Weg weisen müsse! Und dieser Weg bestehe darin, dass alles, alles bestehen bleiben muss!

Doch die Roten Listen sind ja leider kein Einzelfall, sondern liegen durchaus im kulturpolitischen Mainstream. Man würde an eine Parodie glauben, wäre der Vorgang nicht so traurig. Nachdem der Deutsche Bühnenverein es schon vor einigen Jahren geschafft hat, das Deutsche Theatersystem national unter immateriellen Denkmalschutz zu stellen, versucht man das Ganze nun auf internationalem Level weiterzutreiben!

Das Theater als öffentlichste Kunstform hat seit seinen Anfängen die Veränderung, die – wo möglich – Verbesserung der Gesellschaft und des Menschen auf seine Fahnen geschrieben: Von der kathartischen Selbstreinigung im alten Griechenland, über Lessings Propagierung der Aufklärung, über Schillers moralische Anstalt, über Brechts Lehrstücke, über das dokumentarische Theater bis heute zu den Auseinandersetzungen über Migrationsfragen: VERÄNDERUNG war und ist der treibende Motor. Wie Hohn klingt es da, dass es sich selbst von möglichen Strukturveränderungen explizit ausnimmt nach dem Motto »Theater muss sein!« (und möglichst immer so bleiben)!

Kann man dem Deutschen Kulturrat und dem Deutschen Bühnenverein ihre Besitzstandswahrung als

knallharte Lobbyorganisationen noch nachsehen (so wie dies in einer Demokratie legitimer Weise auch die Atom- und die Automobilindustrie tun, allerdings ehrlicher Weise ohne Bezug auf das Schöne, Wahre, Gute), so muss eine Kulturpolitische Gesellschaft diese Zumutungen strikt von sich weisen. Muss es ihr doch viel mehr darum gehen, kulturpolitische (und das heißt immer auch finanzielle) Gestaltungsspielräume immer wieder zurückzugewinnen. Wie aber soll sie sich neuen Herausforderungen und Bedürfnissen stellen, wenn eben diese Handlungsspielräume durch »subventionell schwergewichtige« Kulturinstitute (Schwencke u.a.), die sich darüber hinaus auch selbst musealisieren, immer mehr eingeengt werden? Und was hieße die Übertragung dieser Forderungen der Lobbyverbände auf »Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik« (so ist doch wohl immer noch das Selbstverständnis der KuPoGe)? Dass die gesellschaftlichen Verhältnisse so auf Dauer so bleiben wie sie sind? Müsste sich eine politisch verstehende Kulturpolitische Gesellschaft nicht endlich mit Kräften gegen diese konservativen Zumutungen der Lobbyverbände wehren? Oder reduziert sich Kulturpolitik mittlerweile nur noch auf Besitzstandswahrung und Verteidigung des Bestehenden?

»Die Kulturpolitik steckt in einer Immobilitätskrise – doch die ist selbst verschuldet.« So beginnt der vielgeschmähte »Kulturinfarkt«. Wenn es dazu noch irgendeines Belegs bedurft hätte, dann sind die dargestellten Vergreisungstendenzen herausragende Beispiele! ■